

Replik auf den Artikel „Bildung und Beteiligung oder doch Teilhabe? Chancen und Grenzen der Beteiligung von Kindern in Kindertageseinrichtungen“

Rüdiger Hansen, Raingard Knauer, Benedikt Sturzenhecker

Wir danken der Redaktion des Diskurs für die Gelegenheit, auf den Artikel der Kollegin Claudia Equit zu antworten. Wir stimmen mit ihr darin überein, dass Partizipation von Kindern in Kitas auch aus der Perspektive von Vielfalt und Teilhabe geprüft werden muss. Diesbezüglich sehen wir die Veröffentlichungen über das Konzept „Die Kinderstube der Demokratie“ allerdings zum Teil missverstanden und versuchen daher, einige zentrale Aspekte unseres Konzepts zu skizzieren, mit dem Ziel, eine konzeptionelle Gestaltung von Demokratiebildung in der Kita in Theorie und Praxis zu stärken.

Das Konzept „Die Kinderstube der Demokratie“

„Die Kinderstube der Demokratie“ (Knauer/Sturzenhecker/Hansen 2011, 2016) und ihre Erweiterung im Konzept „Mitentscheiden und Mithandeln in der Kita“ (Knauer/Sturzenhecker/Hansen 2011 und Hansen/Knauer 2015) stellt eine methodisch ausdifferenzierte und theoretisch grundlegende Orientierung für die frühpädagogische Praxis dar, wie pädagogische Fachkräfte Kindern Partizipation ermöglichen können.

Kern unseres Ansatzes ist ein partizipatives Teamfortbildungskonzept, in dem die Fachkräfte für ihre konkrete Einrichtung jeweils selbst entscheiden, wie sie ‚ihre‘ Kinder in ‚ihrer‘ Kita beteiligen wollen. Dabei schlagen wir vor allem zwei einander ergänzende Verfahren vor, die Gegenstand von Teamfortbildungen sind: Bei der Planung von *Partizipationsprojekten* (1) in sechs Phasen erhalten die Fachkräfte ein Handwerkszeug, mit dem sie die Kinder zu verschiedenen Themen so beteiligen können, dass die individuellen Voraussetzungen jedes Kindes berücksichtigt werden und es sich eine Meinung bilden kann. Gerade Mitbestimmungsthemen werden immer wieder in Projekten konkretisiert. Die Erarbeitung einer *Kita-Verfassung* (2) dient dazu, die Rechte (als Mit- und Selbstentscheidungsrechte) von Kindern in der konkreten Kita grundsätzlich zu klären. In beiden Verfahren wird auch geklärt, wie die Kinder sich beteiligen können (Verfahren und Gremien).

Grundsätzlich sehen wir alle Beteiligten in der Kita (zunächst vor allem Kinder und Fachkräfte) als berechtigt und fähig an, ihre Betroffenheiten in den Alltag einzubringen,

gemeinsam zu verhandeln, Lösungsalternativen zu entwickeln, zu entscheiden und solche gefundenen Entscheidungen mitverantwortlich durch eigenes aktives Handeln umzusetzen und wenn nötig zu revidieren. Insofern geht es uns gerade *nicht* um eine vorgängige Vermittlung von Kompetenzen für die Ausübung von Demokratie. Wir gehen stattdessen (mit Dewey und Kohlberg) davon aus, dass man sich Demokratie durch ihre Praxis aneignet, und alle, die Demokratie ausüben, sie beständig weiter erlernen.

Wir stimmen der These von Claudia Equit zu, dass Partizipation einer sozialen Selektivität entgegentreten muss, sehen dies in den Vorgehensweisen, die wir für die Umsetzung von Partizipation vorschlagen, allerdings durchaus umgesetzt. Partizipation ist für uns ein Verfahren, wie unterschiedliche Menschen trotz ihrer Differenzen über gleiche Rechte verfügen, ihre unterschiedlichen Betroffenheiten auf ihre Art und Weise einbringen und gemeinsame Lösungen aushandeln können. Damit hat demokratische Partizipation ein starkes Inklusionspotenzial, weil sie die Mitglieder der Kita nicht aufgrund von Zuschreibungen oder Lebenslagen (bzw. Status oder Leistungen) thematisiert, sondern allen ermöglicht, ihr Recht auf Selbst- und Mitentscheidung zu realisieren. Um es allen Kindern zu ermöglichen, ihre Rechte wahrzunehmen, braucht es gerade ein differenzbewusstes pädagogisches Handeln der Fachkräfte, z.B. in Bezug auf Gender, soziale Herkunft und Ausbildung, ungleich verteilte Ressourcen, differente Milieus, Ethnizität (UND deren Zuschreibungen) sowie auf unterschiedliche Verstehens-, Verständigungs- und Sprachfähigkeiten (vgl. Knauer/Sturzenhecker 2005). Konzepte demokratischer Partizipation dürfen weder differenzblind sein, noch dürfen sie Differenz von vornherein zuschreiben und damit dramatisieren. Methodisch wird dies vor allem in der von uns vorgeschlagenen Projektplanung berücksichtigt. Hier wird im Team nicht nur differenziert geklärt, bei welchen Schritten der Planung die Kinder mitentscheiden dürfen (und damit die in der Verfassung allgemein formulierten Rechte operationalisiert), sondern auch, wie Meinungsbildungsprozesse der Kinder pädagogisch initiiert und begleitet werden müssen: Was brauchen die jeweiligen Kinder vor ihrem Lebenshintergrund (d. h. auch ihren familialen Lebenswelten), um sich zu einem Thema eine Meinung bilden und sich entscheiden zu können (vgl. Hansen/Knauer 2015, S. 115ff.)?

Darüber hinaus sollte die Beteiligung der Kinder auch zu einer Beteiligung der Eltern (in ihrer Vielfalt) und der Fachkräfte selbst führen.¹ Gerade Fachkräfte, die Demokratie realisieren sollen und wollen, brauchen demokratische Mitentscheidungsverhältnisse in der Einrichtungs- und Trägerstruktur. Auch mögliche Übergänge in die Kommune wurden von uns beschrieben (u.a. Knauer/Sturzenhecker/Hansen 2011, S. 77ff.)

Insgesamt möchten wir damit verdeutlichen, dass demokratische Partizipation für uns keine Frage des „Lebensstils“ ist. Das meint Claudia Equit an einem Zitat von Richter et al. 2016 über Demokratie als „way of life“ auch für „Die Kinderstube der Demokratie“ annehmen zu können. Dieses Zitat gibt es jedoch in dem zitierten Text nicht. Die AutorInnen beziehen sich stattdessen nach Dewey auf die Unterscheidung von Demokratie als „Regierungsform“ und „Lebensform“. Die Aussage, hier würde Demokratie als „Lebensstil“ (einer bestimmten Klasse) verstanden, gibt etwa das Gegenteil dessen wieder, was im Text steht. Im Konzept „Die Kinderstube der Demokratie“ versuchen wir den Gleichheitsanspruch von Demokratie und Differenzgerechtigkeit zu verbinden und solche Demokratie als „Lebensform“ auch für Kinder erfahrbar zu machen.